

HauptPersonalRat

für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes 1

Presseerklärung

29. Mai 2007
Tel. 9027 - 2192

- **Hauptpersonalrat fordert Einstellung von mindestens 55 Fachkräften in den Gesundheitsdiensten der Bezirke**
- **Schuleingangsuntersuchungen müssen in der Zuständigkeit der Gesundheitsämter bleiben**
- **Kinderschutz braucht Fachkräfte in den Bezirken**

Der Hauptpersonalrat des Landes Berlin hat in einem heutigem Schreiben an die Senatorin für Gesundheit, Katrin Lompscher, und den Senator für Finanzen, Dr. Thilo Sarrazin, den Prozess der Neuorganisation des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Berlin kritisiert. Bis heute streiten sich die Verantwortlichen in den Bezirken und im Senat um die Ausgestaltung der Regionalisierung und Ressourcenverteilung zu Lasten der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Zwischen der Sollstellenzahl der Gesundheitsverwaltung von 1.796 Stellen zu 1.150 Zielplanstellen der Finanzverwaltung liegen Welten. Der von Herrn Sarrazin behauptete Personalüberhang besteht nach Aussagen der Bezirke nicht.

Obwohl die Bezirke nachweisen konnten, dass sie einen Bedarf von 55 Fachkräften, insbesondere an Ärzten, haben, verweigert der Finanzsenator diese Bedarfsdeckung. Unter dem Stichwort „Gewährleistungsaufgaben“ will er so schnell wie möglich Aufgaben an Dritte übertragen und ist daher nicht bereit mehr als 15 Außeneinstellungen zuzulassen. Seitens der leitenden Fachkräfte aus den Gesundheitsämtern wurde aber in mehreren Gesprächsrunden bei der Gesundheitsverwaltung darauf hingewiesen, dass neben Kinderärzten auch dringend Psychotherapeuten und Psychologen benötigt werden. **„Pro Bezirk darf etwa eine Stelle neu besetzt werden, dies ist ein Tropfen auf den heißen Stein und geht an den realen Bedürfnissen in den Gesundheitsämtern vorbei“**, so Uwe Januszewski, Vorsitzender des Hauptpersonalrats.

Der Hauptpersonalrat hält es für unverantwortlich, dass angesichts des dringend zu verbessernden Kinderschutzes Aufgaben wie die Schuleingangsuntersuchungen für knapp 26.000 Kinder auf die niedergelassenen Kinderärzte verlagert werden sollen, obwohl dies aus seiner Sicht eine Kernaufgabe der bezirklichen Gesundheitsämter ist. Nicht die Untersuchung allein ist das, was die Arbeit ausmacht, sondern die Zusammenarbeit zwischen Gesundheits- und Jugendamt, Kitas und freien Trägern. In dem Schreiben des Hauptpersonalrats heißt es: „Wenn der Kinderschutz in Berlin ernst genommen werden soll, dann kann nicht hingenommen werden, dass es nur einen Facharzt für Kinderkrankheiten wie in Neukölln, oder keinen Jugendpsychiater in der Beratungsstelle oder keinen Facharzt für Psychiatrie im sozialpsychologischen Dienst gibt.“ Nebenbei bemerkt scheidet der Neuköllner Facharzt Ende August 2007 auch noch aus dem Dienst aus.

Es ist aus der Sicht des Hauptpersonalrats für alle Bereiche des staatlichen Gesundheitsdienstes alarmierend, wenn, wie im Mai angekündigt, die Amtsleiter/innen der Gesundheitsämter ihre Mitarbeit bei der Umsetzung aus fachlicher Sicht einstellen wollen. **„Gesundheitspolitik muss zusammen mit den Fachleuten in den Gesundheitsämtern und nicht gegen sie gemacht werden. Statt Umsetzung des sog. Gewährleistungsstaates brauchen wir endlich eine fachliche und sachliche Diskussion. Die Frage der Finanzierung darf nicht dazu führen, das diese Reform unseren Kindern und Jugendlichen später teuer zu stehen kommt“**, so Uwe Januszewski, abschließend in dem Schreiben an die beiden Senatsmitglieder. Der Hauptpersonalrat unterstützt die Forderungen aus den Gesundheitsämtern und wird den Umsetzungsprozess der Gesundheitszuständigkeitsverordnung weiterhin kritisch begleiten.

Uwe Januszewski
- Vorsitzender -

Bearbeitung:
Uwe Januszewski
V.i.S.d.P.

Anschrift:
Klosterstr. 47
10179 Berlin

Telefon: 9027 - 2192
Telefax: 9027 - 2051

Datum
29.05.2007